

MITTEILUNGSVORLAGE

			Vorlage-Nr.: M 18/0592
604 - Fachbereich Verkehrsflächen, Entwässerung und Liegenschaften			Datum: 05.12.2018
Bearb.:	Haß, Christine	Tel.:-366	öffentlich
Az.:	604.20		

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
-----------------------	-----------------------	----------------------

Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr	06.12.2018	Anhörung
---	-------------------	-----------------

Leitprojekt der Metropolregion Hamburg „Machbarkeitsstudien für Radschnellverbindungen,,

Anlass

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr soll mit dieser Mitteilungsvorlage über den Fortschritt der Machbarkeitsstudie für die Radschnellverbindung Bad-Bramstedt bis Hamburg informiert werden. Es handelt sich um ein Fördervorhaben der Metropolregion Hamburg (MRH).

Sachstand

Das Leitprojekt der MRH wird auf zwei Ebenen erarbeitet. Die Projektstruktur sieht ein übergeordnetes Dachprojekt, das die Erarbeitung eines Kommunikationskonzeptes, eines Gestaltungs- und Planungshandbuches sowie die Trägerschaft, Finanzierung und Förderung für Radschnellverbindungen beinhaltet, vor. Parallel dazu werden die acht achsialen Teilräume auf Machbarkeit untersucht. Norderstedt liegt inmitten der Trasse vier, an der darüber hinaus die Gemeinde Henstedt-Ulzburg, die Städte Kaltenkirchen und Bad Bramstedt sowie der Kreis Segeberg und die Freie und Hansestadt Hamburg bzw. das Bezirksamt Nord beteiligt sind. Nach der europaweiten Ausschreibung im Sommer 2018 konnte ein Planungsbüro für die Trasse vier gefunden werden, das die Machbarkeitsuntersuchung von Hamburg bis Bad Bramstedt vornimmt: PGV Alrutz aus Hannover.

Im November hat ein erstes Auftakttreffen mit allen beteiligten Partnerinnen und Partnern stattgefunden, bei dem der weitere Fahrplan festgelegt wurde.

Im Januar / Februar 2019 startet die Online-Beteiligung für die Trassensuche. Dafür wird ein Tool der Stadtwerkstatt Hamburg eingesetzt. Für jeden Korridor können die Bürgerinnen und Bürger ihre Wunschtrasse eintragen und diese auch kommentieren. Dabei werden verschiedene Kategorien vorgegeben. Währenddessen erarbeitet das Planungsbüro drei Trassenvarianten, in die die Wünsche und Anregungen der Öffentlichkeit einfließen. Aus den drei Varianten wird eine Vorzugsvariante entwickelt. Dafür wird ein Bewertungsraster eingesetzt, das im übergreifenden Gestaltungs- und Planungshandbuch erstellt wird.

Die Vorzugsvariante mit den zwei Alternativtrassen wird der Öffentlichkeit dann noch einmal in einer Präsenzveranstaltung mit Workshop-Charakter im Mai 2019 vorgestellt und diskutiert. Besonderheit bei der Öffentlichkeits-Beteiligung wird sein, dass die Norderstedter Bevölkerung doppelt gefragt ist: sowohl gemeinsam mit Hamburg als auch mit den anderen Gemeinden im Kreis Segeberg. Denn Norderstedt fungiert als Schnittstelle zwischen dem Norden und Süden. Geeignete Räumlichkeiten werden derzeit gesucht.

Sachbearbeiter/in	Fachbereichsleiter/in	Amtsleiter/in	mitzeichnendes Amt (bei über-/ außerplanm. Ausgaben: Amt 11)	Stadtrat/Stadträtin	Oberbürgermeisterin
-------------------	-----------------------	---------------	--	---------------------	---------------------

Nach der Öffentlichkeitsbeteiligung soll die Vorzugsvariante dann in den politischen Gremien beschlossen werden. Avisiert sind die Sitzungen nach der Sommerpause 2019. Weil es sich um ein Kooperationsprojekt handelt, wird von den beteiligten Verwaltungen angestrebt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr sowohl mit dem Verkehrsausschuss des Bezirksamts Nord sowieso den Fachausschüssen im Kreis Segeberg tagt und gemeinsam über die Vorzugsvariante berät. Falls die beiden Sondersitzungen zustande kommen, soll die gemeinsame Sitzung mit Henstedt-Ulzburg, Kaltenkirchen und Bad Bramstedt im Norderstedter Plenarsaal stattfinden. Für die gemeinsame Sitzung mit Hamburg müsste noch eine geeignete Räumlichkeit gefunden werden.

Nach dem einvernehmlichen politischen Beschluss über die Vorzugsvariante wird dann vom beauftragten Planungsbüro ein Maßnahmen- und Handlungskonzept mit ersten Kostenschätzungen erarbeitet. Dieses wird den politischen Gremien erneut zur Beschlussfassung vorgelegt. Im Sommer 2020 sollen die Machbarkeitsstudien beendet sein.